

Weiterhelfen auf eine Wasserleitung



Wo geht's lang in Sachen öffentlicher Wasserversorgung für die umstrittene Wochenendhaus-Siedlung Unterstaudach? Das Bemühen um eine Lösung bleibt bestehen. –Foto: Brunner

Hofkirchen

Ein erneuter Antrag von dauerhaften Bewohnern der ursprünglichen Wochenendhaus-Siedlung Unterstaudach auf Verlegung einer öffentlichen Wasserversorgungsleitung hat im Marktgemeinderat wiederholt zu einer längeren Diskussion – auch mit betroffenen Bürgern – über die strittige Thematik geführt.

Bürgermeister Josef Kufner (CSU) pochte auf die rechtlich gültigen Voraussetzungen zu den Wohnverhältnissen dort, während Christian Pauli (SPD) die Angelegenheit für „noch nicht gestorben“ hielt. Am Ende einigte man sich auf Vorschlag von Georg Stelzer (ÜW) darauf, die Entscheidung zu vertagen und Fakten zu erarbeiten, um doch noch eine Lösung zu erzielen.

Kufner fasste eingangs die aktuelle Situation zusammen. Demnach haben 13 von 18 Parzellen-Eigentümern im Sondergebiet Unterstaudach erneut einen Antrag auf Anschluss ihrer Anwesen an eine öffentliche Versorgungsleitung gestellt. Die Ausgangslage, rechtliche Aspekte und die Zusammenfassung unterscheiden sich nach Auffassung der Verwaltung gegenüber der einstimmigen ablehnenden Beschlussfassung vom 25. Januar 2022 nicht, wie der Bürgermeister klarstellte. Dennoch stellte er die Frage in den Raum, ob es neue Erkenntnisse aus dem Gremium gebe.

Christian Pauli plädierte für die Unterstützung des Antrags, zumal das Landratsamt für sieben Parzellen ein Dauerwohnrecht zugestanden habe. „Das ist nicht irgendein Weiler“, fügte Pauli hinzu.

Auf Nachfrage von Fabian Kapfhammer (CSU) bezifferte Josef Kufner die Investitionen für eine öffentliche Wasserleitung für Unterstaudach auf „roundabout 200000 Euro“, ohne Ingenieurskosten. In der Folge wären 15 Euro auf die Beitragsgemeinschaft der Wasserversorgung Hofkirchen über

einen Zeitraum von 40 Jahren umzulegen. Pro Haushalt entspräche das 600 Euro – „egal, wie viele Unterstaudacher anschließen“, gab der Bürgermeister zu bedenken. Christian Pauli verwies auf die von den Wochenendhaussiedlern inzwischen angestregte Petition an den Bayerischen Landtag, weshalb sich durchaus noch eine „Option auf politischem Weg“ ergeben könne. „Jedem ist der Sachstand bekannt“, konterte Kufner und machte auf die Baurechtsthematik und die vorliegenden Gerichtsbeschlüsse aufmerksam.

Josef Kufner erteilte 15 Zuhörern, darunter auch Altbürgermeister Willi Wagenpfeil, das Wort. Patrick Raupp erkundigte sich nach den Grundlagen für die genannte Kostensumme. Es gehe um eine Perspektive für den Ort, so der Unterstaudacher Bürger, der das Bemühen der Kommune einräumte, zugleich aber die Niederlage vor dem Verwaltungsgericht in der Frage des Dauerwohnens ansprach.

Auch die „Fehlentwicklung“ in Unterstaudach gestand Raupp ein, doch seien kleine Schritte in die richtige Richtung erfolgt. Fraglich sei nur, was sein werde, wenn kein Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung erstellt werde. Im Übrigen habe er noch kein Untersuchungsergebnis gesehen, dass das Wasser wegen zu geringer Abnahmemenge verkeime oder die Gefahr von Leckagen bestehe.

„Sauberes Wasser ist für mich ein Grundrecht – egal, ob Wochenend-Nutzung oder Dauerwohnen“, sagte Stefan Greiler (SPD). Er sah jetzt andere Voraussetzungen gegeben. Katrin Wagenpfeil (SPD) vertrat dieselbe Auffassung und bestand auf der Verantwortung der Gemeinde, die Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen. Johanna Feilmeier (ÜW) warnte vor Präzedenzfällen für andere Bereiche Hofkirchens und davor, die Kosten für den Luxus eines Wochenendhauses auf die Allgemeinheit umzulegen. Probleme für die Wasserqualität, weil ein relativer Verbrauch in Unterstaudach zu erwarten sei, befürchtete Georg Stelzer. Man müsse sich an Regelwerke halten und sich bewusst sein, „was auf uns zukommt“.

Als Beispiel führte der dritte Bürgermeister eine Familie in Leithen auf, die dort für den Wasseranschluss eine sehr lange Leitung an das Versorgungsnetz selbst bezahlen habe müssen. Stelzer regte eine ähnliche Lösung wie zur Abwasserbeseitigung in Unterstaudach als gemeinschaftliche Investition an. „Die beste Lösung wäre eine Eigeninitiative“, merkte der ÜW-Kommunalpolitiker an.

Utto Baumgartner aus Unterstaudach erinnerte an die frühere Existenz eigener Brunnen, die nach Ansicht der Behörden aber nicht mehr den Vorschriften entsprochen hätten. Die Unterstaudacher hätten daraufhin bereits in die Schaffung einer Wasserleitung investiert. „Es geht um den realen Anschluss von 13 bis 14 Grundstücken“, erklärte der Wortführer hinsichtlich des nun beantragten Anschlusses an die öffentliche Versorgung.

Eine Wochenendhaus-Siedlung könne nicht daran angeschlossen werden, erwiderte Georg Stelzer. Fabian Kapfhammer empfahl den 13 Antragstellern, sich selbst einen Unternehmer zu suchen, der eine Leitung von unten nach oben in der Gemeindestraße mit 13 Wasser- schiebern verlege. Ein solches Vorgehen wäre günstiger, als es die Gemeinde nach der obligatorischen öffentlichen Ausschreibung unter Einschaltung eines Ingenieurbüros bewerkstelligen könne.

Rathaus-Geschäftsleiter Gerhard Deser skizzierte das Worst-Case-Szenario einer Leckage mit der Konsequenz, die Wasserversorgung für Unterstaudach abdrehen zu müssen. Dann hätte Unterstaudach für ein halbes oder gar dreiviertel Jahr kein Wasser, warf Kapfhammer ein.

Ebenso erinnerte Gerhard Deser an die 18 vorliegenden Sondervereinbarungen der Grundstückseigentümer in Unterstaudach. Darüber hinaus fragte er in die Runde, wer das Spülwasser bezahle, wenn die Abnahmemenge zu gering sei und eine Verkeimung des Trinkwassers durch Stagnation auftrete. Er sprach ebenfalls von einem möglichen Präzedenzfall.

Georg Stelzer schlug vor, sich mit den Antragsstellern, die sich einen Planer suchen müssten, zusammzusetzen. Vielleicht lasse sich ein Kompromiss mit der bisherigen Leitung finden. Zuhörer Franz Saugspier, ausdrücklich ein „Nicht-Unterstaudacher“, erinnerte an seine eigene Situation. Er sei vor vielen Jahren dazu gezwungen gewesen, eine überlange Wasserleitung zu seinem Haus auf eigene Kosten bauen zu lassen. „Ihr habt gewusst, wo Ihr hingehet und auf was Ihr Euch einlasst“, rief er den Wochenendhaus-Siedlern zu.

Schließlich einigte sich der Marktgemeinderat ohne Gegenstimme darauf, Georg Stelzers Empfehlung aufzugreifen und das Thema in absehbarer Zeit wieder zu beraten. Eine Unterstaudacherin richtete unter dem Beifall aller ein Dankeschön an das Gremium für dieses Signal, den Siedlern helfen zu wollen.–Bernhard Brunner

Quelle: plus.pnp.de – Bernhard Brunner

Mehr im Vilshofener Anzeiger vom 22.09.2022 oder unter [PNP Plus nach einer kurzen Registrierung](#)